

Steinindustrie klagt gegen Genehmigung für „Hillenberg“

Raymund Risse (Westkalk): „Gerichte müssen klären, welche Rechte wir noch haben“

WARSTEIN • Die acht Unternehmen der Kalk- und Zementindustrie Devon Kalk, Dyckerhoff, Franz Köster Hartsteinwerke, Franz Köster GmbH, Rheinkalk, Steinwerke F.J. Risse, Fritz Weiken GmbH und Westkalk haben gestern gegen den Bewilligungsbescheid der Bezirksregierung Arnsberg zum Betrieb des Wasserwerks Hillenberg der Stadtwerke Warstein vorsorglich Klage bei dem Verwaltungsgericht Arnsberg eingereicht.

In einer Pressemitteilung heißt es: „Diese Firmen hatten im Laufe des Genehmigungsverfahrens bereits im Mai 2011 Einwendungen erhoben, die in einem Anhörungstermin im Januar 2013 mit Vertretern der Bezirksregierung Arnsberg und der Stadt Warstein erörtert wurden. Vor etwa vier Wochen wurde der Bewilligungsbescheid den Stadtwerken gegenüber nunmehr für weitere 30 Jahre erteilt, wobei die Einwendungen der Steinbruchbetriebe im Abwägungsprozess der Behörde als bedeutungslos eingestuft wurden.“

Die acht Unternehmen verfolgen mit der Klage nicht das Ziel, die Trinkwassergewinnung in Warstein zu verhindern, sondern wollen ganz grundsätzlich ihre Rechte gewahrt wissen“.

Als 1983 die Trinkwassergewinnung Hillenberg in Betrieb gegangen sei, seien die Warsteiner Steinbruch- und Zementfirmen auf die Wünsche der Stadt Warstein eingegangen und hätten dem wasserrechtlichen Verfahren zugestimmt.

Gleiches sei im Vorfeld auch schon bei den Verfahren zur Nutzung des Grundwassers, zum Beispiel aus dem Bereich Hillenberg, überhaupt geschehen. Diese Zustimmung habe immer zur Folge gehabt, dass ein Nebeneinander von Wassergewinnung und Steinabbau möglich geworden sei. 1991 seien die Steinabbaugebiete in Warstein und Kallenhardt in eine Wasserschutzzone überführt worden, was für die Unternehmen hohe Auflagen bei Genehmigungen und für den täglichen Betrieb bedeutet hätte. In den vergangenen 30 Jahren habe es keinen einzigen Zwischenfall gegeben, der die Trinkwassergewinnung gefährdet hätte.

Seit Gründung der Initiative Trinkwasser, die aus der Initiative Oberhagen hervorgegangen ist, gebe es diesen Konsens zwischen der Stadt und der Steinindustrie nicht mehr: „Den Steinfirmen wurde und wird vorgeworfen, ihre Steinabbauinteressen rücksichtslos zu verfolgen



Raymund Risse spricht für die acht Betriebe.

und damit auch die Trinkwassergewinnung zu gefährden.“

Raymund Risse, Westkalk-Geschäftsführer: „In etlichen Kampagnen wurde in den letzten sechs Jahren versucht, Angst zu schüren, um einen breiten Widerstand in der Bevölkerung, in den politischen Gremien und bei den Genehmigungsbehörden zu erzeugen, letztlich mit dem Ziel, den Steinabbau in Warstein komplett zu beenden. Unsere Kooperationsbereitschaft von vor 30 Jahren hat sich daher mittlerweile stark reduziert.“

Deshalb müsse man nun Rechtsschutz-während klagen, auch um bei weiteren Verhandlungen überhaupt

noch eine Verhandlungsposition zu haben. Risse: „Wir haben mit dem Mediationsverfahren einen wichtigen ersten Schritt zur Lösung dieses Konfliktes in Warstein unternommen und wir werden weiterhin konstruktiv an Lösungen mitarbeiten. Aber dazu müssen auch die Rechtspositionen geklärt sein.“

Den Steinfirmen werde unterstellt, mit den Einwendungen gegen den Bewilligungsbescheid nur das Ziel einer Abgrabung unterhalb der Grundwasserzone durchzusetzen. Tatsächlich klagen die Lörmecke-Wasserwerke seit Jahren in einem Abgrabungsgebiet gegen Genehmigungen im Trockenabbau-Bereich.

„In dieser Situation müssen nun gegebenenfalls die Gerichte klären welche Rechte wir noch haben. Auch wenn wir damals aus heutiger Sicht vielleicht zu gutmütig oder zu gutgläubig gehandelt haben, besteht unser Ziel entgegen anderslautenden Behauptungen nicht darin, die Trinkwassergewinnung in Warstein zu verhindern, sondern konstruktiv an Lösungen zu arbeiten. Immerhin leben wir mit unseren Familien auch hier in dieser Stadt. Wieso sollten wir uns selber das Wasser abgraben?“, so Raymund Risse.